



EUROPEAN
ORGANIZATION
OF REGIONAL
AUDIT INSTITUTIONS



Arbeitssitzung 1:

Prüfung von Umweltprogrammen

Referenten:

Kikis Kazamias

Barbara Hurst

Klaus Mayramhof

Valeryi I. Khripun

Victor Eiff (Moderator)

Kikis Kazamias

Mitglied

Europäischer Rechnungshof

In diesem Sonderbericht bewertet der Europäische Rechnungshof, wie wirksam die Europäische Kommission die Finanzhilfen für Projekte im Rahmen von LIFE-Natur mit Blick auf die Nachhaltigkeit der Ergebnisse verwaltete. Im Rahmen von LIFE-Natur, einem Teilbereich des Programms LIFE, werden in den Mitgliedstaaten – vorwiegend im Zusammenhang mit Natura-2000-Gebieten – Projekte zugunsten der Erhaltung von Arten und Lebensräumen kofinanziert.

Insgesamt gesehen haben die geprüften Projekte, insbesondere in Natura-2000-Gebieten, zur Erhaltung der Zielarten und -lebensräume beigetragen, indem sie die Anstrengungen der Mitgliedstaaten verstärkten und die EU-Bürger sowie die freiwillige Arbeit und das freiwillige Engagement ihrer Verbände für die Erhaltung der Artenvielfalt unterstützten. Die Prüfung hat allerdings ergeben, dass die im Rahmen von LIFE-Natur finanzierten Maßnahmen bislang noch nicht ausreichend über den Projektabschluss hinaus gesichert sind.

Seit das Instrument LIFE (das Akronym steht für *L'Instrument Financier pour l'Environnement* (Finanzierungsinstrument für die Umwelt)) im Jahr 1992 erstmals eingeführt wurde, entwickelte und verbesserte die Kommission ihre Verwaltungs- und Kontrollsysteme stetig weiter, wobei sie u. a. die Ergebnisse früherer Prüfungen des Hofes berücksichtigte. Weitere Änderungen wurden mit dem Start von LIFE+, das für den Zeitraum 2007-2013 gilt, vorgenommen. Obwohl beachtliche Fortschritte erzielt wurden, besteht weiterhin Verbesserungsbedarf, damit gewährleistet ist, dass die von der EU finanzierten Erhaltungsmaßnahmen ihre Ziele besser erreichen und nach Auslaufen der EU-Projektfinanzierung fortgesetzt werden. Der Bericht enthält Einzelheiten zu den in den verschiedenen Verwaltungsphasen der Projekte aufgedeckten Mängeln: Auswahlverfahren, Durchführung und Überwachung der Projekte, Verbreitung der Ergebnisse und langfristige Verwaltung der Projektergebnisse. Die aufgezeigten Mängel sollten zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Projektergebnisse behoben werden.

Der Hof empfiehlt der Kommission, sich eingehender mit den verschiedenen für die Nachhaltigkeit der Projektergebnisse relevanten Faktoren zu befassen, die Verbreitung der erworbenen Kenntnisse zu verbessern und ein systematisches Follow-up der Projekte nach Leistung der Abschlusszahlung einzuführen.

Die Bemerkungen bleiben für die Verwaltung der Kommission von Belang, da sie Probleme aufzeigen, die auch die neuen LIFE+-Projekte betreffen. Das Programm LIFE ist finanziell gesehen das wichtigste europäische Finanzierungsinstrument, das ausschließlich auf die Umwelt ausgerichtet ist, und wird von der Kommission direkt verwaltet. Es spielt eine zentrale Rolle im Hinblick auf die umweltpolitischen Ziele der Europäischen Union.

Präsentation der Studie die Audit Scotland in den schottischen Einrichtungen der öffentlichen Hand über die Verbesserung der Energieeffizienz durchgeführt hat

Barbara Hurst
Direktorin
Finanzkontrolle Schottland (Audit Scotland)

Eine der der kostengünstigsten Methoden zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels ist die Verbesserung der Energieeffizienz. Dabei fällt der öffentlichen Hand eine wichtige Führungsrolle zu. Auch die finanziellen Aspekte sind nicht zu vernachlässigen. In Schottland gab die öffentliche Hand im Finanzjahr 2006/07 rund £ 206 Mio. (€ 235 Mio.) für Energie aus. Im Dezember 2008 legte Audit Scotland einen Bericht über die Fortschritte vor, die die schottischen Einrichtungen der öffentlichen Hand bei der Verbesserung der Energieeffizienz erzielen.

Die Studie sollte analysieren, wie erfolgreich die öffentliche Hand in Schottland die Verbesserung der Energiebilanz in ihren Gebäuden und Fahrzeugen angeht. Zu diesem Zweck untersuchten wir Einrichtungen von Kommunen, des Gesundheitswesens und der Zentralverwaltung. Wir führten eine Umfrage unter rund 100 Organisationen durch, um Informationen über den Energieverbrauch und die damit verbundenen Kosten zu ermitteln. 15 Einrichtungen untersuchten wir genauer, wobei wir uns mit Verantwortlichen für das Energiemanagement unterhielten und 85 verschiedene Strategien zum Energiemanagement anhand „Best Practices“-Kriterien bewerteten.

Die Studie zeigte, dass die Menge der im öffentlichen Sektor verbrauchten Energie vom Finanzjahr 2004/05 zum Finanzjahr 2006/07 um 4 Prozent gesenkt werden konnte. Die größte Reduzierung konnte dabei im Gesundheitswesen erzielt werden, während in den Einrichtungen der Zentralverwaltung ein Anstieg des Verbrauchs verzeichnet werden musste. Im selben Zeitraum nahmen die Energiekosten um 46 Prozent zu. Dieser Anstieg war in erster Linie den gestiegenen Energiepreisen zuzuschreiben, die sich zwischen 2004 und 2008 verdoppelt hatten.

Um die Energieeffizienz weiter zu verbessern, müssen sowohl die schottische Regierung als auch die einzelnen Körperschaften ihrer Vorbildfunktion deutlich besser gerecht werden. In vielen Fällen ist das Energiemanagement nicht in die zentralen betrieblichen Abläufe der jeweiligen Organisation integriert. Es gibt meist nur eine begrenzte Einbindung diesbezüglicher Strategien in die generellen Strategien und Pläne der Organisationen. Zudem sind die Pläne häufig mangelhaft. Überwachung und Berichterstattung über den Erfolg des Energiemanagements sind nicht ausreichend, um die Fortschritte bei der Verbesserung der Energieeffizienz präzise beurteilen zu können.

Audit Scotland wird 2011 eine Nachfolgeuntersuchung zu dieser Studie durchführen, um die erzielten Fortschritte zu beurteilen.

Prüfung der Abfallwirtschaft in Tirol

Klaus Mayramhof
Landesrechnungshofdirektor
Landesrechnungshof Tirol

Allgemeines

Situation in Österreich:

Abfallwirtschaft weist ein hohes Qualitätsniveau auf
zentrale Grundsätze sind:

- Abfallvermeidung
- Abfallverwertung
- Abfallbeseitigung

Ich beschränke mich auf die Abfallbeseitigung

Rechtliche Vorgaben:

1. EU Recht
2. Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes (Österreich)
3. Abfallwirtschaftsrecht und Abfallwirtschaftskonzepte der Länder
4. Deponieverordnung aus dem Jahr 1997 mit einem Verbot der Deponierung von Abfall ab 2004
5. Der Landeshauptmann von Tirol hat von seiner Ermächtigung gebrauch gemacht, diese Frist bis Ende 2008 zu verlängern

Situation in Tirol

Für eine dem Stand der Technik entsprechende Abfallentsorgung fehlte im Land Tirol der entsprechende politische Konsens.

Nachdem die Deponierung von Abfällen verboten wurde, entstand ein wissenschaftlicher und politischer Richtungsstreit über die Methode der Abfallbeseitigung.

Obwohl die meisten Gutachten die Müllverbrennung als die beste Lösung ansahen, konnte sich das Land Tirol nicht dazu entschließen eine zentrale Müllverbrennungsanlage zu errichten.

Ursachen sind

- im mangelnden politischen Entscheidungswillen,
- im Widerstand bei der Bevölkerung bedingt durch unzureichende und schlechte Kommunikation durch die Politik und Behörden

zu suchen.

Sonderfall Deponie Riederberg

Nach der Rechtslage in Tirol hat das Land für die Errichtung und den Betrieb der nach dem Abfallwirtschaftskonzept erforderlichen öffentlichen Behandlungsanlagen, Deponien und Zwischenlager für die getrennt zu sammelnden Abfälle zu sorgen.

Sofern es die Entsorgungsanlagen nicht selbst betreiben, ist die Errichtung und der Betrieb dieser Anlagen durch zivilrechtliche Verträge mit Gemeinden, Gemeindeverbänden oder geeigneten Unternehmen sicherzustellen.

Das Land Tirol hat mit einem Unternehmer 1992 einen Vertrag abgeschlossen, mit dem dieser sich verpflichtet, eine öffentliche Deponie zu betreiben und sämtliche, von der öffentlichen Müllabfuhr der Gemeinden des Entsorgungsbereiches eingesammelten und zu deponierenden Abfälle zu übernehmen.

Das Land trägt dafür Sorge, dass sämtliche von der öffentlichen Müllabfuhr eingesammelten und zu deponierenden Abfälle im festgelegten Entsorgungsbereich zur Deponie abgeführt werden.

Mit der Errichtungs- und Betriebsbewilligung verbunden war die Verpflichtung eine Sicherheitsleistung für die Nachsorge der Deponie nach deren Schließung zu erlegen. Die Sicherheit sollte durch eine Bankgarantie erfolgen.

Die Behörden haben diese Sicherheit lange nicht eingefordert.

2007 ging die Deponiebetreiberin in Konkurs. Wegen der fehlenden Sicherheiten hat das Land Tirol die Kosten der Nachsorge zu tragen. Nach bisherigen Schätzungen € 20 Mio.

Ursachen:

- undurchsichtiges Firmengeflecht der Betreiberin
- fehlende Konsequenz der Behörden
- Verringerung der vereinbarten Abfallmengen durch Genehmigung einer Müllbehandlungsanlage im Entsorgungsgebiet führt zu
 - o nicht kostendeckenden Tarifen
 - o verbotenen Ablagerung von Fremdmüll aus anderen Bundesländern
 - o Konkurs

Lehre:

- keine Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Private

Resümee:

Da der Abfall nicht mehr deponiert werden darf und die Errichtung einer Verbrennungsanlage versäumt wurde, muss er derzeit ins Ausland zur Verbrennung transportiert werden. Das in einem Land Tirol, dass von einer Transitproblematik geprägt ist.

Eine Lösung ist nicht in Sicht.

Die öffentliche Finanzkontrolle hat das mehrfach aufgezeigt, leider ohne Konsequenz.

Prüfung der Stilllegung von Kohlenminen in der Oblast Rostow

Valeryi I. Khripun

Präsident

Rechnungs- und Kontrollkammer der Region Rostow

Einer der wichtigsten Industriezweige des Gebiets Rostow ist die Kohleindustrie. Der Übergang zur Marktwirtschaft führte zu einer grossangelegten Schliessung ineffektiver Produktionsanlagen. Die Schliessung der alten Schachtanlagen machte deutlich, dass sich damit die technisch-anthropogene Umweltbelastung entscheidend verändern wird.

Eine der schädlichen Folgen für die Umwelt war die vollständige Flutung der stillgelegten Schachtanlagen, weil in deren Folge hochmineralisierte Industrieabwässer aus dem Boden austraten, die anliegenden Grundstücke verschmutzten und von unten in die Wohnhäuser eindringen. Es kam zum Austrieb von stickenden Wettern mit niedrigem Sauerstoffgehalt, der in die Keller der Gebäude eindrang. Wohnraum wurde dadurch unbewohnbar und musste abgerissen werden. Wenn die Grubenwässer in Flüsse gelangten, konnten sie auch die Trinkwasserreservoirs schädigen. Weitere aktuelle Fragen betreffen die Rekultivierung des durch die Kohleindustrie geschädigten Bodens, die Löschung von Abraumphalden sowie die Beseitigung der an der Erdoberfläche entstandenen Bruch- und Einsturzstellen.

Die Lösung dieser Probleme war einer der wichtigsten Punkte in den Programmen zur Entwicklung der ehemaligen Bergbaugebiete. Neben der sozial orientierten staatlichen Unterstützung, die zur Schaffung neuer Produktionsstätten und neuer Arbeitsplätze für die infolge der Restrukturierung arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer bereitgestellt wurde, kamen auch Mittel zum Einsatz für Naturschutzprojekte, die Rekonstruktion der sozialen Infrastruktur, den Abriss der alten Wohnungen und die Unterstützung der Bevölkerung beim Erwerb von neuem Wohnraum.

Die Finanzierung dieser Vorhaben erfolgte auf verschiedenen Ebenen (Föderation, Region, Gemeinden). Gleichzeitig beteiligte sich die Kontroll- und Rechnungskammer der Region Rostow in den Jahren 2006 und 2007 gemeinsam mit dem Rechnungshof der Russischen Föderation im Rahmen ihrer Kontrollvollmachten an Prüfungen über den effizienten Einsatz von öffentlichen Mitteln zu diesen Zwecken.

Durch diese Prüfungsmassnahmen sollte die Effizienz des Einsatzes von Haushaltsmitteln für die Restrukturierung der Kohleindustrie bewertet werden. Ausserdem sollten Empfehlungen zur Umsetzung der staatlichen und lokalen Entwicklungsprogramme erarbeitet werden, wobei die Arbeitsplatzsituation in den Bergbaustädten und die Beseitigung der schädlichen Umweltfolgen im Vordergrund standen.

Der Bericht beleuchtet die Prüfungsmethoden und -ergebnisse, die behördlichen Massnahmen zur Bereitstellung von Material sowie die Umsetzung der Vorschläge der Kontrollorgane. Er stellt auch die Möglichkeiten des Einsatzes regionaler Kontrollorgane zur Lösung der ökologischen Probleme in diesen Gebieten dar. Ausserdem analysiert er den derzeitigen Stand von bereits aufgezeigten Problemen.